

5-Punkte-Plan der AfD für Ostfriesland

Die Region Ostfriesland ist zwar nicht das Epizentrum der Corona-Krise, dennoch aber stark betroffen. Um die Auswirkungen zu mildern, schlägt die AfD Ostfriesland einen 5-Punkte-Plan vor:

1. Kostenlose Überziehungskredite für Gehaltsempfänger, Selbständige und Unternehmer bei der kontoführenden Bank oder Sparkasse.
 - a. Grund: Niemand weiß, wann die Hilfen des Bundes, der gerade einen 156-Milliarden-Euro-schweren Nachtragshaushalt schnürt, konkret ankommen. Allzu oft steckt der Teufel im bürokratischen Detail.
 - b. Doch Unternehmer müssen ihre Kosten decken, bestellte Ware bezahlen, Löhne entrichten. Der normal arbeitende Bürger muss seine Familie ernähren, seine Miete bezahlen. Der Vermieter lebt teilweise von der Miete, darf also auch nicht in die Röhre gucken.
 - c. Der Überziehungskredit ist zinslos und wird in Höhe der durchschnittlichen Kontoabgänge der letzten drei Monate gewährt. Um doppelte Subventionen zu vermeiden, reichen die Begünstigten Abtretungserklärungen ein.
 - d. Die Kreise Aurich und Leer und die kreisfreie Stadt Emden bürgen für den Fall, dass diese Überziehungskredite nicht binnen eines Jahres getilgt werden.
 - e. Die Banken besorgen sich die liquiden Mittel im Interbankenmarkt oder bei der Europäischen Zentralbank.
2. Öffnung von Kleingeschäften unter Auflagen.
 - a. Kleingeschäften wie Floristen, Wäschereien, Buchhandlungen wird die Öffnung der Geschäfte erlaubt unter der Maßgabe, dass nicht mehr als 3-5 Besucher sich gleichzeitig im Laden aufhalten, je nach Ladenfläche.
 - b. Alternativ öffnen sie nach Terminvereinbarung – was Friseure schon seit jeher tun.
 - c. Die Bediensteten sollen durch Abstandsregeln und Schutzfolien, wie sie im Lebensmitteleinzelhandel zu sehen sind, geschützt werden.
3. Die Regelung, Zweitwohnungen zu räumen, ist rückgängig zu machen.
 - a. Sie bringen nichts in Bezug auf Ansteckungsrisiko; „bestenfalls“ verlagern sie dieses in angrenzende Bundesländer. Ein Akt der Un-Solidarität.
 - b. Der Verweis aus der Zweitwohnung schädigt den Ruf der Tourismusbranche. Werden diese Touristen wiederkommen nach der Krise? Werden sie womöglich ihre Häuser verkaufen und damit einen Crash am Immobilienmarkt auslösen?
 - c. Der Staat muss natürlich reagieren in der Krise, hier greift er aber unangemessen in die Freiheits- und Eigentumsrechte ein.
4. Migranten werden ungeachtet ihres Rechtsstatus in der Landwirtschaft als Erntehelfer eingesetzt. Beschränkungen der Arbeitserlaubnis sind bis auf weiteres auszusetzen.
 - a. Begründung: Angesichts der vielen Einreisebeschränkungen für Länder wie Polen und Rumänien fehlen den Landwirten absehbar Hilfskräfte.
 - b. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Die meist kräftigen, jungen Männer können nun dem Land etwas zurückgeben, das sie aufgenommen und großzügig versorgt hat. Es ist selbstverständlich, dass auch Frauen eingestellt werden können.
5. Es ist eine engere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr zu prüfen, als da wären: zu Krankenhäusern umfunktionierte Marineschiffe, Aufbau von Feldlazaretten, Unterstützung der hoheitlichen Aufgaben von Polizei und Ordnungsämtern durch Feldjäger im Rahmen des notfallgesetzlich Möglichen.